PRESSEMITTEILUNG

Mecklenburg-Vorpommern
Staatskanzlei

Medieneinladung: Landesregierung trifft Landesverband der jüdischen Gemeinden

RS

Schwerin, 22.06.2026

Nummer: 152/2026

Morgen führt die Landesregierung im Anschluss an die Kabinettssitzung ein Gespräch mit dem Landesverband der jüdischen Gemeinden und dem Antisemitismus-Beauftragten des Landes Nikolaus Voss. Im Anschluss unterzeichnen Ministerpräsidentin Manuela Schwesig und der Vorsitzende des Landesverbandes Yuri Rosov eine gemeinsame Erklärung.

Die gemeinsame Erklärung regelt unter anderem die finanzielle Unterstützung der jüdischen Gemeinden 2027 bis 2031. Nach dem 1996 geschlossenen Staatsvertrag zwischen der Landesregierung und den jüdischen Gemeinden müssen diese finanziellen Leistungen alle 5 Jahre überprüft werden. Dies erfolgt nun turnusmäßig.

Folgender Ablauf ist vorgesehen:

10.00 Uhr: Beginn der wöchentlichen Kabinettssitzung

10.30 Uhr: Gespräch des Kabinetts mit dem Landesverband der jüdischen Gemeinden in Mecklenburg-Vorpommern und dem Antisemitismus-Beauftragten des Landes Mecklenburg-Vorpommern (Zu Beginn sind **Auftaktbilder** möglich)

11.30 Uhr: Unterzeichnung einer Gemeinsamen Erklärung zwischen der Landesregierung und dem Landesverband der jüdischen Gemeinden (**Fototermin+O-Töne**)

Medienvertreter sind zur Berichterstattung herzlich eingeladen. Im Fall Ihrer Teilnahme an den Auftaktbildern und/oder der Unterzeichnung bitten wir um Voranmeldung unter pressestelle@stk.mv-regierung.de

Der Schutz und die Förderung jüdischen Lebens sind seit Februar 2025 als Staatsziel in der Verfassung Mecklenburg-Vorpommerns verankert. Die beiden jüdischen Gemeinden in Rostock und Schwerin zählen zusammen rund 1.200 Mitglieder.

Regierungssprecher
Mecklenburg-Vorpommern
Schloßstraße 2–4
19053 Schwerin
Telefon: +49 385 588-1040
Telefax: +49 385 588-1048
E-Mail: Pressestelle@stk.mv-regierung.de
Internet: www.mv-regierung.de

V. i. S. d. P.: Andreas Timm